

## Kurzt berichtet

**Bundeswehrkrankenhaus in Ulm soll zum Zentrum für Traumamedizin werden**

ULM (mö) - Führungswechsel am Bundeswehrkrankenhaus Ulm: Oberstarzt Dr. Ralf Hoffmann (52, Foto: mö) ist neuer Chefarzt der Klinik. Hoffmann folgt auf Generalarzt Dr. Armin Kalinowski (55), der nach gut drei Jahren in Ulm zum Kommando Regionale Sanitätsdienstliche Unterstützung der Bundeswehr nach Diez wechselte. Im Gespräch mit der „Schwäbischen Zeitung“ sagte der neue Chefarzt, dass das Bundeswehrkrankenhaus in den kommenden Jahren mit der rasanten Entwicklung in der Medizin Schritt halten müsse. Eingebunden in die Strukturen der Bundeswehr gehe es darum, die nötigen Mittel in angemessener Zeit zur Verfügung stellen zu können. Weiter soll vor allem der Ausbau der Traumamedizin vorangebracht werden. Ulm könnte zum „Nucleus“, also zum Kern, für die Weiterentwicklung der Trauma- und Katastrophenmedizin werden: Es gebe in der Stadt mit der Uniklinik und dem Bundeswehrkrankenhaus großes Potenzial, um die Traumamedizin stärker zu etablieren, hatte der scheidende Chefarzt, Dr. Armin Kalinowski in einem Gespräch mit der „Schwäbischen Zeitung“ gesagt: „Traumamedizin ist mehr als die körperliche Heilung. Es geht darüber hinaus um die seelische Gesundheit und natürlich um die Rehabilitation.“



Während Kalinowskis Dienstzeit wurden eine Krankenpflegeschule und eine Kindertagesstätte eröffnet. In nächster Zeit sollen 40 neue Ärzte eingestellt werden. Das Bundeswehrkrankenhaus mit seinen 500 Betten und fast 1600 Mitarbeitern ist mit über 250 Betten in den zivilen Landesbettenplan Baden-Württemberg eingebunden.

**Rottweiler Turm geht ohne Außenhülle in Betrieb**

ROTTWEIL (här) - Der 246 Meter hohe Testturm für Aufzüge von Thyssen Krupp in Rottweil geht planmäßig Mitte Dezember in Betrieb. Das hat der Konzern nun mitgeteilt. Gleichzeitig räumt er Probleme bei Montage der Außenhülle ein. Damit ist auch fraglich, ob die 232 Meter hohe Aussichtsplattform wie vorgesehen im Mai eröffnet werden kann. „Unser Subunternehmer hat ein paar Probleme“, sagt ein Sprecher von Thyssen Krupp auf Anfrage. Das liege daran, dass es sich bei der Hülle um ein Unikat handle. Die Arbeiten sollten spätestens im Juli beginnen und ein halbes Jahr dauern. Die Einweihung war auf den 7. Mai 2017 terminiert. Doch der Turm steht bis heute nackt da. Thyssen Krupp will in den zwölf Aufzugschächten Kabinen testen, die per Magnetantrieb fahren. Bei der eigenen Angaben nach „längsten Hängebrücke der Welt“, die über 850 Meter vom Turm über das Neckartal in die historische Innenstadt führen soll, kommt es zu Verzögerungen: Der Gemeinderat hat einen Bürgerentscheid beschlossen. Dieser wird am 19. März 2017 stattfinden.

**CDU stellt sich hinter Wolfs Kopftuchgesetz**

STUTTGART (tja) - Die CDU im Stuttgarter Landtag hat sich am Mittwoch für ein Kopftuch-Verbot für Richterinnen, Staatsanwältinnen und Rechtsreferendarinnen ausgesprochen. Sie reagierte damit auf eine Äußerung des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne) vom Dienstag. Dieser hatte bekundet, dass er ein solches Verbot für nicht zwingend hält. Damit widersprach er einem Gesetzesentwurf des



CDU-Justizministers Guido Wolf. Der rechtspolitische Sprecher der Union, Bernhard Lasotta (Foto: dpa), stellte sich hinter Wolf: „Es geht nicht um die persönliche Meinung des Ministerpräsidenten, sondern um eine gute politische Lösung.“ Die Regierung müsse sich rasch einigen – und zwar auf ein Verbot religiöser Symbole und Kleidungsstücke.

**AfD-Vorstoß zum Burkaverbot abgelehnt**

STUTTGART (lsw) - Der Landtag hat den Gesetzentwurf der AfD-Fraktion für ein generelles Burkaverbot abgelehnt. Die Fraktionen von Grünen, CDU, SPD und FDP prangerten am Mittwoch in Stuttgart zwar die Vollverschleierung als Symbol für die Unterdrückung von Frauen und Integrationshindernis an, hielten aber ein pauschales Verbot für nicht gerechtfertigt und verfassungswidrig. Mit den AfD-Abgeordneten stimmte auch der fraktionslose Wolfgang Gedeon. Zuvor hatte die AfD-Abgeordnete Christina Baum das Plenum aufgefordert, so abzustimmen, wie es der Stimmung in der Mehrheit der Bevölkerung entspreche. Der Landtag beschäftigt sich heute außerdem noch einmal mit dem Ansinnen der AfD, einen Untersuchungsausschuss zum Thema Linksextremismus einzusetzen. Bei der Abstimmung wollen die anderen Fraktionen den Antrag ebenfalls ablehnen.

**Etwas mehr Schulanfänger im Südwesten**

WIESBADEN/STUTTGART (lsw) - Die Zahl der Schulanfänger in Baden-Württemberg ist in diesem Jahr um fast ein Prozent gestiegen. Insgesamt wurden zum Schuljahresbeginn 98 900 Erstklässler eingeschult, wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch mitteilte. Im Vorjahr waren es knapp 98 100. Allerdings handelt es sich bei den Daten um Schätzungen.

**Joggerin bleibt auch nach Suchaktion verschunden**

ENDINGEN (dpa) - Trotz einer mehrtägigen Suchaktion der Polizei fehlt von einer seit Sonntag verschundenen 27 Jahre alten Joggerin in Baden-Württemberg noch immer jede Spur. Die junge Frau werde weiter vermisst, sagte ein Polizeisprecher am Mittwoch. Es gebe keinerlei Hinweise, wo sie sein könne. Die Polizei werde weiter nach ihr suchen. Am Mittwoch waren hierfür am dritten Tag in Folge zahlreiche Beamte im Einsatz. Außerdem wurden Suchhunde und Drohnen mit Wärmebildkameras eingesetzt, jedoch ohne Erfolg. Die 27-Jährige kehrte am Sonntagmorgen in Ebingen nahe Freiburg vom Joggen nicht zurück.

**Kampf gegen die Vogelgrippe**

Täglich werden am Bodensee tote Tiere entdeckt – Geflügel in Ufernähe muss in den Stall

Von Dominik Prandl

KONSTANZ - Bis zu 100 Vögel sind seit Freitag entlang des Bodensees an Vogelgrippe verendet. Allein im Kreis Konstanz sind 37 tote Tiere gefunden worden. Bei ihnen wurde die gefährliche Variante H5N8 nachgewiesen. Nun hat das baden-württembergische Landwirtschaftsministerium eine Stallpflicht für Geflügel ausgerufen. Diese gilt im Uferbereich des Bodensees.

Der Schutzstreifen ist 1000 Meter breit. Das Geflügel muss hier mindestens durch Draht vor dem Kontakt mit anderen Tieren geschützt werden. Nach bisherigen Erkenntnissen wird die Vogelgrippe von Zugvögeln eingeschleppt. Am Bodensee wurden bisher Reiherenten von dem Virus befallen. Mittlerweile wurde zudem eine heimische Stockente tot aufgefunden, sagte Landwirtschaftsminister Peter Hauk (CDU) am Mittwoch bei einer Pressekonferenz im Landratsamt in Konstanz. Der Körper des Tieres werde allerdings noch untersucht.

**Virus ist höchst aggressiv**

Im Kreis Konstanz sind von der Stallpflicht 76 Betriebe und 1200 Tiere betroffen, im Bodenseekreis 69 Betriebe mit 1400 Tieren. Das seien alles eher kleine Halter, sagte Frank Hämmerle, Landrat des Landkreises Konstanz. Große gewerbliche Betriebe gebe es in Ufernähe nicht.

In der Tierwelt seien H5N8-Viren höchst aggressiv und verändert sich auch, so Peter Hauk. Vögel würden innerhalb kurzer Zeit sterben. Auch wenn Menschen nach derzeitigen Erkenntnissen nicht gefährdet sind, sei äußerster Sorgfalt notwendig. Menschen, die auf tote Vögel stoßen, sollten diese nicht berühren. Hämmerle wies zudem darauf hin, dass Hunde im Bereich des Ufers angeleint werden sollten.

Tote Vögel wurden bisher in Konstanz, Radolfzell, Moos, Bodman-Ludwigshafen und in Friedrichshafen gefunden. Fälle in Bayern sind bislang nicht aufgetreten. Bei der Geflügelpest sei das Impfen, anders als bei der Schweinepest, verboten, sagte Experte Gerhard Kuhn vom Landwirtschaftsministerium. Doch es werden noch weitere Schutzmaßnahmen am Ufer des Bodensees getroffen, um eine Ausbreitung der Vogelgrippe zu verhindern. So dürfen etwa Ställe nur noch in Schutzkleidung betreten werden, die hinterher desinfiziert werden muss – Fremden ist der Zutritt gänzlich untersagt. Diese Maßnahmen gelten auch entlang des gesamten baden-württembergischen Rheinufer auf 500 Meter Breite. Zudem würden die Rast- und Ruheplätze der Zugvögel genau beobachtet, sagte Hauk. Die Jägerschaft habe sich bereit erklärt, dabei zu helfen.

**CDU startet Frontalangriff auf grün-rote Schulreformen**

Landtag streitet über Konsequenzen aus schlechtem Abschneiden in Studien – Bildungsquote abgelehnt

Von Kara Ballarin

STUTTGART - CDU-Fraktionschef Wolfgang Reinhart hat die grün-rote Vorgängerregierung am Mittwoch im Stuttgarter Landtag scharf attackiert. Grund dafür war die jüngst veröffentlichte IQB-Bildungsstudie. Eine von den Grünen vorgeschlagene Bildungskommission zur Qualitätssteigerung lehnt seine Fraktion ab. Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) kündigte an, stärker auf die Qualifikation der Lehrer achten zu wollen.

Der IQB-Bildungstrend attestierte den Neuntklässlern im Land jüngst massive Defizite in Deutsch und Englisch. „Das Ergebnis ist vor allen Dingen auch eine Bestandsaufnahme der letzten Vorgängerregierung“, sagte Reinhart ungewöhnlich scharf – auch in Richtung seines Koalitionspartners. Er warf Grün-Rot vor, die Schulen durch Reformen „bewusst und gezielt unter Druck gesetzt“ zu haben. Die Gemeinschaftsschule sei zu Lasten der anderen Schularten eingeführt worden. Bei allem Reformeifer der vergangenen fünf Jahre habe man das Wesentliche ignoriert: die Leistung.

„Jetzt ist die Zeit für Taten“, sagte Reinhart und erteilte damit einer langwierigen Bildungskommission eine Absage. Eine solche Enquete hatten die Grünen, auch unterstützt von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), angeregt. Deren Ziel sollte eine Diskussion über höhere Qualität an den Schulen sein, an der sich viele Experten und Praktiker aus dem Bildungsbetrieb beteiligen sollten. Der Wangener CDU-Abgeordnete Raimund Haser sieht in der Enquete einen Versuch der Grünen, in den Bildungsbereich hineinzuregieren, wie er der „Schwäbi-



Im Hafenbecken von Überlingen am Bodensee sind 30 solcher toten Reiherenten gefunden worden.

FOTO: DPA

nahmen am Ufer des Bodensees getroffen, um eine Ausbreitung der Vogelgrippe zu verhindern. So dürfen etwa Ställe nur noch in Schutzkleidung betreten werden, die hinterher desinfiziert werden muss – Fremden ist der Zutritt gänzlich untersagt. Diese Maßnahmen gelten auch entlang des gesamten baden-württembergischen Rheinufer auf 500 Meter Breite. Zudem würden die Rast- und Ruheplätze der Zugvögel genau beobachtet, sagte Hauk. Die Jägerschaft habe sich bereit erklärt, dabei zu helfen.

An den oberschwäbischen Seen gilt die Stallpflicht, anders als vor zehn Jahren, dieses Mal nicht. Schon 2006 gab es einen Vogelgrippe-Alarm am Bodensee. Damals sei die Situation aber eine andere gewesen, sagte Minister Hauk. „Der Hype war damals ein anderer, weil die Vogelgrippe das erste Mal in Deutschland aufgetreten ist.“ Damals habe man

befürchtet, das Virus könne sich sehr schnell verändern und gefährlich werden. Jetzt sei klar: „Es gibt keine direkte Gefahr für Menschen.“ Außerdem hätten sich die Untersuchungsmethoden verbessert. Nach einem Verdacht habe man damals 14 Tage auf eine Bestätigung warten müssen. „Jetzt bekommen wir Ergebnisse über die Nacht.“

Besonders zufrieden zeigte sich Minister Peter Hauk darüber, dass die Abstimmung mit den Nachbarländern gut funktioniert. So muss Geflügel in der Schweiz und in Österreich in der Nähe des Bodensees ebenfalls in Ställen gehalten werden.

Die Sicherheitsmaßnahmen seien verpflichtend, auch für Hobbyhalter, so der Landwirtschaftsminister. Vor erst gelten die Regeln bis zum 31. Januar 2017, doch: „Der derzeitige Plan ist nicht statisch.“ Die Lage werde zusammen mit Experten genau beobachtet.

**Verbreitung**

Auch im Norden Deutschlands verbreitet sich der Vogelgrippe-Erreger H5N8. In Schleswig-Holstein sind neben Reiherenten auch Schwäne, Gänse, Möwen und Blässhühner betroffen. Im Oktober sind Vögel in einem Park in Mannheim an der Vogelgrippe verendet. In den vergangenen Monaten war die Vogelgrippe zuletzt auch in Polen aufgetreten. Der Zusammenhang mit dem Vogelzug, der derzeit in vollem Gange ist, sei naheliegend, teilt das Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit FLI mit. In Deutschland wird von einem großen Risiko für Nutzgeflügel ausgegangen, insbesondere in Gebieten, wo sich Wasservögel sammeln. (dtp)

schen Zeitung“ sagte. „Eine Enquete ist Quatsch. Das ist Regierungshandeln, das ist Aufgabe der Kultusministerin.“

**Ministerin setzt auf Experten**

Eisenmann kündigte im Landtag an, auch ohne Enquete Schulpraktiker und weitere Experten zurate zu ziehen – etwa, wie bereits erklärt, den Landesrechnungshof. „Wir haben nicht zu wenige Lehrer“, sagte Eisenmann. „Die Frage ist: Sind sie an der richtigen Stelle? Sind sie richtig ausgebildet, sind sie richtig fortgebildet?“ Das sollten Fragen sein, mit denen sich der Rechnungshof beschäftigen sollte. „Schule ist ein Ort der Wissensvermittlung“, so die Ministerin. „Das muss wieder mehr im Mittelpunkt stehen.“

FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rühle warf Grün-Rot vor, dem Leistungsprinzip den Kampf angesagt und das differenzierte Schulsystem geschliffen zu haben. „Sie müssen die Privilegierung der Gemeinschafts-

schule sofort beenden“, forderte er von Ministerin Eisenmann.

AFD-Fraktionschef Jörg Meuthen plädierte für die Rückkehr zum dreigliedrigen Schulsystem. „Grün-Rot hat ein erfolgreiches Bildungssystem in wenigen Jahren in Schutt und Asche gelegt“, so Meuthen.

Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz und SPD-Bildungsexperte Stefan Fulst-Blei betonten, dass die für die Studie getesteten Neuntklässler keine der grün-roten Reformen erfahren hätten. Sie verwiesen auf Verfehlungen im Bildungssystem, die in die Regierungszeit von CDU und FDP zurückreichten. „Im Grunde ist dieses Ergebnis doch ein Beweis dafür, wie nötig massive Investitionen und Reformen 2011 waren“, sagte Fulst-Blei. Schwarz ergänzte: „Das Land gibt heute 20 Prozent mehr für Bildung aus als 2010“, Grundschulkinder hätten mehr Deutsch- und Mathe-Unterricht. Besser als Schuldzuweisungen sei die Frage, wie die Qualität verbessert werden könne.



Eine von den Grünen angeregte Bildungsquote sorgt derzeit für Streit in der Landesregierung. Die CDU lehnt diese ab.

FOTO: DPA

**Kommentar**

Von Kara Ballarin

**Kein Platz für Ideologien**

Die Grünen möchten eine Bildungsquote – ein Gremium, das sich unabhängig von der Tagespolitik mit der Frage befasst, wie die Qualität an den Schulen im Land wieder steigen kann. Solch eine Kommission, in der viele Bildungsexperten mitarbeiten sollen, kostet Geld und Zeit. Zwei gute Gründe, warum die CDU dieses Gremium ablehnt. Ihrer Meinung nach muss sofort etwas passieren, damit der Bildungserfolg an Südwest-Schulen steigt.

Dieser Wunsch ist nachvollziehbar. Es darf nicht sein, dass die Schüler im ehemaligen Bildungsmusterland weiter den Anschluss verlieren. Allerdings kann man durchaus das eine tun – also schnelle Maßnahmen –, ohne das andere, eine Enquete, zu lassen. Denn ist es dringender an der Zeit, dass endlich alle Fraktionen ihre jeweilige Ideologie hinterstellen, den Ist-Stand betrachten und gemeinsam nach Wegen aus der baden-württembergischen Bildungsmisere suchen.

✉ k.ballarin@schwaebische.de

**Schwäbische Zeitung**

Gründet 1945  
Erscheinungsweise: Werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Lichingen, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Markdorf, Meßkirch, Pfullendorf, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spaltingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

**Redaktion**  
Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)  
Stellv. Chefredakteure: Ulrich Mühlle, Christoph Plate  
Mitglied der Chefredaktion: Yannick Dillinger (digital), Andreas Müller  
Jochen Schlosser (CVJ Redaktion)  
Politik: Christoph Plate (stv.: Claudia Kling)  
Wirtschaft: Benjamin Wagener (stv.: Tanja Schuhbauer);  
Gestaltung: Mark Hildebrandt; Seite Drei: Klaus Nachbauer;  
Journal/Kultur: Barbara Müller, Sport: Filippo Cataldo;  
Beilagen/Wochenende: Dirk Uhlenbruch;  
alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16

Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Katja Korf  
Redaktion Berlin: Sabine Lenartz  
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub  
Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel.  
Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG,  
Weingarten und Ulm

**Verlag**  
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler  
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg;  
Telefon 0751 / 2955-0; Telefax 0751 / 2955-991499  
Anzeigen Telefon: 0751 / 2955-991129  
Geschäftsführer: Dr. Kurt Sabathil

Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhm  
Verantwortlich für Anzeigen: Reinhard Hofer  
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt  
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann  
Zeitungsproduktion: Klaus Zellmer  
Chef vom Dienst: Bernd Scheibitz  
Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 68 vom 11.2016. Für den Inhalt der Lokalteile sind die Lokalredaktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555  
Telefax: 0751 / 29 555 556  
E-Mail: aboservice@schwaebische.de  
E-Mail: redaktion@schwaebische.de